

Revolte ins Gestern

Was ist von den Veränderungen in der Arabischen Welt zu erwarten?

War der Ausbruch der arabischen Revolte wirklich überraschend? Seit Jahrzehnten ist die bedrückende Lage der arabischen Bevölkerungen offensichtlich, für jeden, der sich die Mühe macht hinzusehen. Schmale, brutale Oberschichten regieren über entmündigte Völker, mit Hilfe hochgerüsteter Armeen und moderner Sicherheitsapparate. Westliche Wirtschaftshilfe, Militärhilfe, Technologie-Transfer – alles kam diesen Oberschichten zugute, ihrer märchenhaften Bereicherung und ihrem Machterhalt, während die Bevölkerungen immer mehr verarmen.

So handelte es sich bei den Januar-Unruhen in Algerien um eine klassische Hunger-Revolte: zu Beginn des Jahres 2011 waren dort die Preise für Grundnahrungsmittel wie Zucker, Mehl und Speiseöl erneut um zwanzig Prozent gestiegen. Trotz riesiger Öl- und Gasvorkommen lebt der größte Teil der Algerier in Armut. In Ägypten hatten schon vor zwei Jahren steigende Brotpreise die Wut der Bevölkerung provoziert. In Jordanien lag die Inflationsrate zu Beginn des Jahres bei über sechs Prozent, die Preise für Reis, Zucker und Fleisch wurden nochmals dramatisch erhöht. Zugleich sind diese Länder, trotz des offensichtlichen Elends ihrer Bevölkerungen, hoch verschuldet, das relativ kleine Jordanien mit etwa fünfzehn Milliarden Dollar, eine Verdreifachung gegenüber dem Schuldenstand vor drei Jahren. Allein im letzten Jahr kamen weitere zwei Milliarden hinzu. Ägypten gab 2008 rund dreissig Milliarden Dollar externe Verschuldung an, inzwischen ist sie weiter gestiegen. Andererseits soll das in den letzten drei Jahrzehnten aufgehäufte Privatvermögen des herrschenden Mubarak-Clans etwa vierzig Milliarden Dollar betragen – die Frage, „wo das Geld geblieben ist“, erübrigt sich.

Die Arbeitslosenrate in diesen Ländern liegt bei rund zwanzig Prozent, bis hin zu Rekorddaten im Jemen, wo vierzig Prozent der jungen Männer arbeitslos sind. Der durch die demographische Explosion früherer Dekaden erzeugte Überschuss an unbeschäftigten, in jeder Hinsicht frustrierten, für aggressive Propaganda empfänglichen jungen Männern ist ohnehin eins der Hauptprobleme islamischer Länder. Dass man es inzwischen selbst erkannt hat, belegen die rückläufigen Zahlen des Bevölkerungswachstums: in Algerien beispielsweise ist die Geburtenrate in den letzten Jahren auf 1,7 zurückgegangen – eine Zahl, die noch unter der einiger europäischer Länder liegt. Einen regelrechten Absturz der Geburtenzahlen erlebt der Iran, die amerikanische Nachrichtenagentur UPI nannte diese Entwicklung „*the most demographic shift in human history.*“ Kaum etwas könnte – zumal in traditionell

geburtenreichen islamischen Ländern – das zunehmende Elend der Bevölkerungen deutlicher machen.

An sich ist das Verhältnis zwischen Bevölkerung und Landfläche in den islamischen Ländern überaus günstig. Bei sinnvoller Bewirtschaftung wäre ein Land wie Ägypten bestens imstande, seine Bevölkerung zu ernähren. Schon in antiken literarischen Quellen gilt das Land am Nil als fruchtbar und reich, über Jahrhunderte war es die Kornkammer des Imperium Romanum. Unter muslimischer Herrschaft und verschiedenen Kolonialmächten ist es allmählich degradiert. Auch heute wird trotz westlicher Investitionen und Wirtschaftshilfe fast nichts zum Ausbau der Infrastruktur, zur Gewinnung landwirtschaftlich nutzbaren Landes, zur Erhöhung der Effektivität der Wirtschaft getan. Das Einkommen des Landes summiert sich aus Tourismus, Ölexport, Gebühren für den Suez-Kanal, Geldsendungen der Millionen vor der Misere ins Ausland Geflohenen und anderthalb Milliarden jährlicher amerikanischer Militärhilfe. Schon seit Jahren war ein auffallender *brain drain* zu beobachten, die Abwanderung hunderttausender Universitätsabsolventen aus einem Land, das offensichtlich keine Zukunft mehr hatte.

Seit König Faruks Abdankung 1952 wird Ägypten von Militärs regiert, deren Interesse an Modernisierung sich fast ausschliesslich auf Armee und Sicherheitsdienste beschränkt. Wie in fast allen islamischen Regimes werden Unsummen in Rüstung und Waffensysteme investiert, während die primitivsten Bedürfnisse der Bevölkerung unberücksichtigt bleiben. Statt zukunftsorientierter Arbeitsplätze in effizienten Wirtschaftszweigen entstehen bestenfalls Billigjobs. Städtisches Subproletariat konzentriert sich in Mega-Metropolen wie dem 16-Millionen-Konglomerat Kairo, während das weite, größtenteils unkultivierte Wüstenland nach wie vor von verstreuten Beduinenstämmen durchwandert wird. In Kairo und Umgebung vegetieren Millionen auf Müllhalden oder in der berühmten „Stadt der Toten“, dem alten Friedhof der Fatimiden, wo eine halbe Million Menschen zwischen den Gräbern hausen soll. Schätzungsweise vierzig Prozent der Bevölkerung Ägyptens verdienen weniger als zwei Dollars am Tag. Zwölf Prozent leiden an Malaria oder infektiöser Hepatitis.

Alle diese Probleme wurden in der westlichen Wahrnehmung des Mittleren Ostens lange ausgeblendet. Wenn von den Problemen dieser Region die Rede war, dann kaum jemals vom Versagen der arabischen Herrscher gegenüber ihren Bevölkerungen. Für die zunehmenden Spannungen in der Region war nach westlicher Doktrin hauptsächlich der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern verantwortlich – ein, wie sich spätestens jetzt erweist, in seiner Verengung absurder Ansatz. Er dominierte auch die berühmte Kairoer Rede von Barack Obama. Der US-Präsident benannte 2009 in Kairo, an eine muslimische Zuhörerschaft

gerichtet, mehrere Quellen für „*die Spannungen, über die wir sprechen müssen*“: die erste sei die amerikanische Militärpräsenz im Irak und in Afghanistan, die „*zweite große Quelle für Spannungen ist die Situation zwischen Israelis, Palästinensern und der arabischen Welt.*“ Kein Wort über die Mißstände in den islamischen Ländern, über die Lage der dortigen Bevölkerungen. Kein noch so sanfter Appell an die Diktatoren, Könige, Scheichs, Emire, Militärgouverneure und Schein-Parlamente der Region, mit Reformen in ihren Ländern zu beginnen, um den dort lebenden Millionen ein menschenwürdiges Dasein, die elementaren Freiheiten, eine Hoffnung auf Zukunft zu ermöglichen. Das Wort „Reform“ kam in Obamas Rede überhaupt nicht vor. Und nur ein einziges Mal wurde in dieser Rede einer arabischen Bevölkerung eine „unerträgliche Lage“ attestiert: ausgerechnet den Palästinensern, deren Lebensstandard – vom Hamas-regierten Gazastreifen abgesehen – inzwischen höher ist als in den meisten arabischen Ländern.

Dabei gehört es zu den auffallenden Merkwürdigkeiten der arabischen Revolte der letzten Wochen, dass die Palästinenser ruhig blieben. Anders als bei den arabischen Nachbarn sprang der Funke nicht über, gab es so gut wie keine öffentlich bezeugte Solidarität mit den verzweifelten Ausbrüchen in Tunesien, dem Jemen oder Ägypten, von einer Fahnen-Verbrennung am 7. Februar in Ramallah abgesehen, die rasch von den palästinensischen Sicherheitskräften zerstreut wurde. Bereits am 2. Februar hatte jedoch in der Westbank eine offizielle Demonstration *für* Mubarak und sein Regime stattgefunden, auf der Palästinenser-Präsident Abbas – der ähnlich wie andere arabische Herrscher die längst überfälligen Wahlen mehrmals verschoben hat – „die großen Verdienste“ seines ägyptischen Kollegen würdigte. Dabei hätten eigentlich die Palästinenser, die sich laut Obamas Kairoer Rede als einzige arabische Bevölkerung in einer „unerträglichen Lage“ befinden, unter den ersten sein müssen, die für einen Umsturz auf die Straße gehen.

Die Mubarak-Verbundenheit der Palästinenser, die offensichtlich nicht ins Stereotyp passte, wonach Israel der Nutznießer des ägyptischen Regimes gewesen sei, wurde in deutschen Medienberichten weitgehend ignoriert. Keine deutsche Zeitung berichtete, soweit ich weiss, über die Pro-Mubarak-Demonstration in Ramallah. Und falls doch irgendwo ein Wort darüber verloren wurde, dann mit dem üblichen Erklärungsmuster: die „israelische Okkupation“ hindere die Westbank-Palästinenser daran, offen ihre Meinung zu bekunden und gegen Mubarak oder ihre eigenen Herrscher zu demonstrieren. Nicht erwähnt wird die Durchdringung der palästinensischen Bevölkerung mit eigenen Sicherheitsapparaten, deren Angehörige, Zuträger und Informanten nach Angaben oppositioneller Palästinenser etwa ein Viertel der Westbank-Bevölkerung ausmachen. Gleichfalls unerwähnt blieb in deutschen

Medien, dass die Westbank-Araber – anders als die verzweifelten Demonstranten vom Kairoer Tahrir-Platz und anderswo – etwas zu verlieren haben. Viele Palästinenser sind mit ihrer Lage zufrieden, auch wenn sie es aus taktischen Gründen für sich behalten, schon um der mit dem Opfer-Status verbundenen Zuwendungen der UN, der Europäischen Union und anderer Sponsoren nicht verlustig zu gehen. Nach UN-Statistiken sind die Westbank-Palästinenser die pro Kopf am höchsten subventionierte Bevölkerung der Welt. Zugleich profitieren sie vom ökonomischem Aufschwung ihres Nachbarn Israel, mit dem sie wirtschaftlich eng verbunden sind. Das Wirtschaftswachstum der Westbank liegt bei sechs Prozent. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass Obamas Ansatz für den Nahen Osten falsch war, dann war es das Schweigen der Palästinenser zu den Ereignissen in der arabischen Welt.

In vielen internationalen Medien funktionierte dennoch der Reflex, Israel für schuldig zu erklären, an allen Mißständen der Region, auch an den Verhältnissen in Ägypten. Das Argumentationsmuster (etwa im deutschen Nachrichtenmagazin *Der Spiegel*): die Amerikaner hätten ihren „Sicherheitsinteressen“ zuliebe – und unter diesen rangiere Israel an erster Stelle – das Elend der ägyptischen Bevölkerung in Kauf genommen. Nachträglich wurde Mubarak zu einem Freund Israels erklärt, in der Hoffnung, damit Israels Reputation zu schaden. Vergessen, falls überhaupt je zur Kenntnis genommen, war der jüdenfeindliche Hintergrund des Mubarak-Regimes: die antisemitischen Publikationen in den staatlichen Verlagen, die Israel- und Judenhetze der regimetreuen Zeitungen, die Konjunktur des obskuren Judenhass-Pamphlets „Die Protokolle der Weisen von Zion“ oder der langjährige Kulturminister der Mubarak-Regierung Farouk Hosni, der sich erbötig gezeigt hatte, alle in Ägypten befindlichen jüdischen Bücher zu verbrennen, weshalb ihn sogar die UNESCO zurückwies, als er sich 2009 um ihre Präsidentschaft bewarb.

Für Israel ist es relativ unerheblich, wer in Ägypten regiert, solange sich diese Regierung an einmal geschlossene internationale Verträge hält. Was fundamentalistische, religiös-fanatische Kräfte vermutlich nicht täten, wie die Machtübernahme der Mullahs im Iran gezeigt hat. Sollte die ägyptische Muslimbrüderschaft – eine der ältesten politischen Organisationen der Region mit offen fundamentalistischen Zielen – Macht über das Land am Nil gewinnen, wäre Vertragstreue, überhaupt Konsensbereitschaft in internationalen Affären mehr als fraglich. Das träfe dann aber den Westen insgesamt, nicht nur Israel. Es könnte geostrategische Folgen haben, die auch für Europa bedeutsam sind.

Die Revolte in den arabischen Ländern bot eine gute Gelegenheit zu Studium westeuropäischer Medien. Die Mechanismen ihrer Manipulation wurden offen sichtbar, auch

der Verfall ihrer Verlässlichkeit. Erste Beobachtung: Medien tendieren im Interesse einer von ihnen favorisierten Darstellung zum Pauschalisieren und Verflachen der komplizierten, oft widersprüchlichen Wirklichkeit. Diese Tendenz geht bis zum Verschweigen dessen, was das erwünschte Bild stören könnte. Die meisten europäischen Medien zeigten eine Neigung, die Menge auf dem Tahrir-Platz in Kairo zu heroisieren. Fanatische, aggressive, für den Westen bedrohliche Erscheinungen wurden möglichst verschwiegen. Dass immer wieder auf dem Tahrir-Platz Bilder von Mubarak mit einem auf sein Gesicht geschmierten David-Stern erschienen, dass zahlreiche Transparente wilden Amerika- oder Judenhass dokumentierten, fand kaum Erwähnung in der *mainstream*-Berichterstattung.

Auch ein Ereignis wie die Attacke auf die CBS-Korrespondentin Lara Logan wurde nur vereinzelt und verspätet berichtet. Die südafrikanische Journalistin war am 11. Februar von muslimischen Männern auf dem Tahrir-Platz sexuell belästigt und zusammengeschlagen worden, einzig das Eingreifen von Soldaten der ägyptischen Armee verhinderte Schlimmeres. Erst am 16. Februar fanden sich erste Berichte darüber in deutschen Zeitungen. Gänzlich verschwiegen wurde, dass solche Zwischenfälle häufig waren. Angelsächsische Medien meldeten dagegen, dass es während der Demonstrationen zu Dutzenden Übergriffen gegen Frauen gekommen sei: „*In the final days women noticed that sexual assault had returned to the square. On the day Mubarak fell, women reported being groped by the rowdy crowds*“. Der Lynch-Versuch gegen Lara Logan ereignete sich erst nach dem Sturz Mubaraks, als europäische Medien fast *unisono* die friedlichen Freudenfeste des befreiten Volkes schilderten.

Selten sind die Vokabeln „Freiheit“ und „Befreiung“ so inflationär verwendet worden. Doch Freiheit – aus allen Bezugssystemen gerissen – ist ein verschwommener Begriff. „*Ich wünschte, ich könnte enthusiastischer sein über die Ereignisse in Ägypten und Tunesien*“, schrieb Fraser Nelson, Herausgeber des Londoner *Spectator*. „*Viele, besonders in der Linken, glauben, dass die Aktion ‚des Volkes‘ gegen einen Unterdrücker notwendigerweise ein Fortschritt ist. Als wäre der Akt des Sturzes bereits etwas, das gefeiert werden muss. Ich war davon nie zu überzeugen (...) Die russische Revolution von 1917 führte nur zu einer neuen Form von Despotismus anstelle des alten. Gleichfalls die Iranische Revolution 1979. Die Osteuropäischen Revolutionen von 1989 waren eine Ausnahme in ihrem Erfolg, doch sie nährten einen falschen Optimismus à la Fukuyama, dass sich Geschichte unumkehrbar in Richtung Freiheit und Demokratie bewege.*“

Ein eher skrupelloser Umgang mit Information war zu beobachten, das unbedenkliche Kolportieren von Gerüchten ohne Gewähr. Der gestürzte Mubarak soll, Angaben

verschiedener Medien zufolge, die sich alle auf „zuverlässige Quellen“ beriefen, an ein und dem selben Tag (dem 13.2.) zugleich in Sharm el-Sheikh auf dem Sinai, in einem arabischen Emirat am persischen Golf und in Baden-Baden gewesen sein, die ägyptische Zeitung *Al-Masry al-Youm* wusste ihn im Koma liegend, und fast unvermeidlich tauchte als krönender Höhepunkt eine Spekulation des arabischen Senders *Al-Jazeera* auf: „*Quellen aus der ägyptischen Botschaft in Tel Aviv zufolge, bereitet sich Israel darauf vor, Hosni Mubarak als Exilland willkommen zu heißen.*“

Immer weniger fühlen sich die großen Medien der Wahrheit verpflichtet, eine Falschmeldung ist heute meist nicht mal mehr ein Dementi wert. Der arabische Fernsehsender *Al-Jazeera*, finanziert vom Emir von Katar, einem der wenigen sunnitisch-arabischen Herrscher, die gute Beziehungen zum Regime in Teheran pflegen, hat bei den Ereignissen der letzten Wochen eine entscheidende Rolle gespielt, die genauerer Betrachtung wert wäre. Gegen *Al-Jazeera* haben saudische Investoren einen anderen arabischen Sender gesetzt, *Al-Arabija*, der in Dubai stationiert ist und die Interessen der sunnitischen Öl-Staaten vertritt, die denen des Iran diametral entgegenstehen.

Der Iran gehört zunächst zu den Profiteuren der Revolte, die seinen Gegnern, den sunnitisch-arabischen Staaten erheblich schadete. Als am 13. und 14. Februar (2011) auch in Teheran und Isfahan die Opposition auf die Straße ging und gegen Ahmadinejad den Ruf „Tod dem Diktator!“ hören liess, konnte der Aufstand durch die ausserordentliche Brutalität der iranischen Sicherheitskräfte unterdrückt werden. Auffallend war, dass die gleichen deutschen Medien, die exzessiv über die Ereignisse in Kairo berichteten, sich den Unruhen in Teheran nur zögerlich zuwandten, mit einer spürbaren Neigung, sie zu marginalisieren. Hat es mit den engen Handelsbeziehungen Deutschlands zum iranischen Regime zu tun? Die großen Medienhäuser verstehen sich nicht mehr als bloße Berichterstatter, zunehmend wollen sie Ereignisse beeinflussen und selbst politische Tatsachen schaffen. Sie bedienen sich des ganzen Arsenal von Verschweigen bis Hysterie. Aus Sicht vieler Medienleute war die arabische Revolte eine „facebook-Revolution“, ein aus der elektronischen, medialen Sphäre geborenes und geleitetes Geschehen. Entsprechend zeigten sie sich von der eigenen Macht berauscht. „*Wie Menschen überall die Ereignisse in Kairo verfolgen, ist ein Meilenstein in der Geschichte der Massenmedien*“, verkündete *Der Spiegel* euphorisch. „*Netz und TV verschmelzen zum globalen Kommunikationsraum...*“ Jakob Augstein phantasierte im selben Blatt von einem medial inspirierten „*neuen arabischen Aufbruch*“, einer für Europa günstigeren Neuordnung des Mittleren Ostens.

Was ist nun wirklich im Mittleren Osten geschehen? Zunächst hat sich „Arab Street“, das brodelnde Millionenheer der beschäftigungslosen jungen Männer, ein bisher von den arabischen Despoten geschickt dirigiertes Instrument, um anti-westliche Stimmungen zu entzünden und internationalen Druck auszuüben, gegen diese Despoten selbst gewandt. „Arab Street“, eine Art globaler *flashmob*, ist heute – bei zunehmender Beeinflussbarkeit von allen Seiten – eine der großen Unberechenbarkeiten der arabischen Welt und darüber hinaus. Niemand kann absehen, ob sich diese Komponente kommender Machtgestaltung in radikal-islamische oder westliche Richtung bewegen wird: „Arab Street“ enthält das Potential zu beidem. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird sich in einigen Ländern aus den sporadischen Revolten eine ernst zu nehmende Opposition strukturieren, darunter auch demokratische Kräfte, auf die der Westen hoffen kann.

Zugleich aber wird mit den erkämpften Freiheiten in den arabischen Staaten auch der Spielraum extremistischer bis terroristischer Bewegungen größer, etwa der ägyptischen Muslim-Brüder. Die weltweit vernetzte Organisation – die Hamas in Gaza ist aus ihr hervorgegangen, auch führende Kader der Al-Qaida, etwa Bin-Ladens Stellvertreter Aiman al-Sawahiri – könnte die Demokratie dazu benutzen, sie abzuschaffen. Geschätzt wird, dass kaum mehr als ein Fünftel der Ägypter die Muslimbrüder bei einer Wahl unterstützen würden – eine Zahl, die an die Wahlergebnisse der russischen Bolschewiki erinnert, die in freien Wahlen gleichfalls zwanzig bis fünfundzwanzig Prozent Stimmen hinter sich brachten, was genügte, um anschliessend gewaltsam die Macht an sich zu reißen. Auch Umfragen in den palästinensischen Gebieten sahen die Islamisten in der Minderheit, bevor die Hamas dort 2006 die Macht an sich brachte, gleichfalls unter Ausnutzung von Wahlen.

Eine Islamisierung Ägyptens hätte, drittens, weitreichende geopolitische Folgen für die Region und darüber hinaus. Geschwächt durch die Revolte in Kairo, zogen sich die ägyptischen Sicherheitskräfte weitgehend aus dem Sinai zurück, angesichts wachsender Gewalttätigkeit der dortigen Beduinen-Stämme, so dass sich das Gebiet in einen Freiraum für den globalen *Jihad* zu verwandeln droht. „Der Sinai ist bereits als gesetzloser Raum bekannt“, erklärte ein israelischer Militär, der die Entwicklung an der Sinai-Grenze beobachtet. Das Macht-Vakuum lädt Terror-Organisationen ein – was nicht nur explodierenden Waffenschmuggel nach Gaza bedeutet, sondern zunehmende Unsicherheit für den Suez-Kanal, eine der wichtigsten Linien des Welthandels.

Eine für den Westen positive Nachricht ist die Entwicklung im südlichen Nachbarland Ägyptens, dem Sudan, wo dem christlich dominierten Süden die Abspaltung vom islamischen Norden gelungen ist, mit demnächst geplanter eigener Staatsgründung. Dadurch könnten pro-

westliche Kräfte die Kontrolle über den unteren Nil und die ägyptische Wassersituation erlangen, was im Bedarfsfall ein Druckmittel darstellt, falls das am Oberlauf des Flusses gelegene Land einen aggressiven, islamistischen Weg einschlägt.

Die vierte und nachhaltigste Folge der letzten Wochen: Der zunehmend die Region beherrschende Bruch zwischen den sunnitisch-arabischen Regimes und dem shiitischen Iran hat sich vertieft. Friedlicher wird der Mittlere Osten dadurch nicht, im Gegenteil, die Gegenüberstellung zweier muslimischer Machtblöcke nimmt konfrontative Formen an. Der Iran und Saudi Arabien, zwei große, ölfreiche Länder, kämpfen mit zunehmender Erbitterung um die Vorherrschaft innerhalb der islamischen Sphäre, beide rüsten gigantisch auf, versehen sich mit modernen Waffensystemen, versuchen andere Staaten des Nahen Ostens auf ihre Seite zu ziehen. Indem der Iran nukleare Waffen anstrebt, entsteht auch bei den sunnitischen Ländern dieses Bedürfnis – Geld genug, sich auf dem expandierenden Schwarzmarkt nach Material und Technologien umzusehen, haben sie in den Jahrzehnten westlicher Erdöl-Sucht aufgehäuft. Die Türkei scheint in diesem Kräftespiel eher zum shiitischen Iran zu neigen als zu den sunnitischen Staaten – eine weitere Gefahr für den Westen. Im Angesicht dieses neuen, weitaus größeren Konflikts muss Obamas Ansatz, der „Palästinenser-Konflikt“ sei der Dreh- und Angelpunkt des Friedens in der Region, naiv genannt werden.

Die Konflikte der Region sind von jeher mannigfaltig, meist vom Ursprung her inner-islamisch, und haben mit Israel und den Palästinensern wenig zu tun. Etwa der Konflikt in Bahrain: eine shiitisch-sunnitische Konfrontation, wie sie im Mittleren Osten seit den Kriegen um die Nachfolge des Propheten, also seit rund anderthalb Tausend Jahren an der Tagesordnung sind. Oder die Jahrhunderte alten Rivalitäten und Blutfehden der Beduinenstämme in Libyen, die aller Wahrscheinlichkeit nach mit dem Ende des Gadafi-Regimes die politische Situation des Landes dominieren werden. Erste Wirkung der Tunesischen Revolution auf Europa war das Eintreffen Tausender Flüchtlinge aus Afrika in Süditalien, mit der erklärten Absicht, sich weiter nordwärts zu bewegen. Millionen warten in Nordafrika auf diese Möglichkeit, und je chaotischer die Zustände in ihren Herkunftsländern, umso stärker der Schub, umso größer die Chancen. Die Revolte in Libyen führte zu einem starken Anstieg des Ölpreises, auch dies mit unabsehbaren Folgen für Europas Wirtschaft. Wird die Revolte im Mittleren Osten ein Weg in die Zukunft sein oder ein Rückfall ins Gestrern? Den unterdrückten Massen der arabischen Welt wäre von Herzen zu wünschen, dass sie sich ihrer korrupten, despotischen Führer entledigen. Doch dafür, dass ihre Länder anschließend einer Stabilisierung entgegen gehen, womöglich demokratischen Verhältnissen, gibt es bisher kaum Indizien.

(c) CHAIM NOLL, 2011

Veröffentlicht: Jüdische Zeitung Berlin, Ausgabe 62, August 2011